

Marian Hummel

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

BAYERN

Bayern hat gewählt



Eine Kurzanalyse
der Bayerischen
Landtagswahl 2023

Der Autor

Marian Hummel

Politikdidaktiker und Politischer Bildner, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politische Bildung, Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt

Impressum

Herausgeberin:

Friedrich-Ebert-Stiftung Bayern
Büro München
Herzog-Wilhelm-Str. 1
80331 München

Kontakt: bayern@fes.de

Verantwortlich: Simone Reperger

Autor: Marian Hummel

Redaktionelle Mitarbeit: Simone Reperger, Eva Nagler

Lektorat: Diana Barth

Layout und Illustration: Anna Radlbeck

ISBN: 978-3-98628-423-7

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung e. V.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© 2023

Marian Hummel

Bayern hat gewählt

**Eine Kurzanalyse der
Bayerischen Landtagswahl 2023**



BAYERISCHE
LANDTAGSWAHL

10=10=10=10=10=10=

Inhalt

Vorwort	06
01 — Kurzanalyse der Bayerischen Landtagswahl 2023	07
02 — Die Ergebnisse und die Kompetenzwerte der Parteien	08
03 — Analyse des Wahlkampfes	14
04 — Faktoren für den Wahlausgang	17
05 — Fazit, Rückschlüsse und Ausblick	20
Zentrale Links und Quellen	22

Vorwort

Am 8.10.2023 fand die Landtagswahl in Bayern statt. Diese Kurzanalyse blickt auf das Ergebnis und erläutert, welche politischen Verschiebungen die Menschen in Bayern mit ihrer Stimme in die Wege geleitet haben. Sie beleuchtet die Wahlkampfstrategie der Parteien und die entscheidenden Faktoren für den Ausgang der Wahl und zeigt, welche Themen die Bürger_innen am meisten bewegt haben.

Die Landtagswahl in Bayern 2023 fand unter historisch neuen Gegebenheiten statt. Zur Landtagswahl 2018 war die Welt noch eine andere. Die Pandemie, der Angriffskrieg auf die Ukraine sowie die steigende Inflation und der zunehmend spürbare Klimawandel haben die Lebensrealität vieler Menschen im Freistaat verändert. Bayern ist noch immer ein wirtschaftlich erfolgreiches und innovatives Land. Die komplexen Krisen führen allerdings dazu, dass alte Gewissheiten neuen Unsicherheiten gewichen sind. Der Zukunftsoptimismus bröckelt auch im reichen Bundesland Bayern und Zukunftsängste nehmen zu. Die politische Stimmung verschlechterte sich im Laufe des Wahljahres.

Das Ergebnis der Landtagswahl ist in mehrerer Hinsicht historisch: Es gab Spitzenwerte für die AfD und die Freien Wähler auf der einen Seite und Verluste bei den Ampel-Parteien auf der anderen Seite. Bundespolitische Themen beherrschten den Wahlkampf. Landespolitische Themen konnten medial nicht durchdringen. Und rechtspopulistische Rhetorik siegte hinsichtlich des Stimmenzuwachses über politische Sachlichkeit. Die BayernSPD ist auf ihrem historisch niedrigsten Stand.

Wir danken Autor Marian Hummel von der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt für seine Wahlauswertung. Die Datengrundlagen dieser Kurzanalyse sind den Ergebnissen von Infratest dimap, der Forschungsgruppe Wahlen (Wählerwanderung, Kompetenzwerte und weitere Umfragen vor und am Wahltag) und dem Landeswahlleiter (Ergebnisse) entnommen. Diese Analyse erhebt keinerlei Anspruch auf inhaltliche Vollständigkeit.

Simone Reperger und Eva Nagler

Friedrich-Ebert-Stiftung Bayern

01 Kurzanalyse der Bayerischen Landtagswahl 2023

Die Bayerische Landtagswahl 2023 versprach zunächst relativ wenig Spannung. Die CSU regiert in Bayern nunmehr seit 66 Jahren, Ministerpräsident Markus Söder legte sich bereits früh auf eine Weiterführung der schwarz-orangen Koalition aus CSU und Freien Wählern fest. Das Sich-zuspitzen der Themenfelder Migration und Energiewende, vor allem aber die wahrgenommene Schwäche der Bundesregierung, führte dennoch zu einiger Brisanz. Landespolitische Themen nahmen im Wahlkampf weniger Raum ein. Im Ergebnis ging die konservative schwarz-orange Koalition, insbesondere aber die AfD, aus einem hitzigen Wahlkampf gestärkt hervor. Die Parteien der Ampelkoalition in Berlin sind die Wahlverliererinnen.

02 Die Ergebnisse und die Kompetenzwerte der Parteien

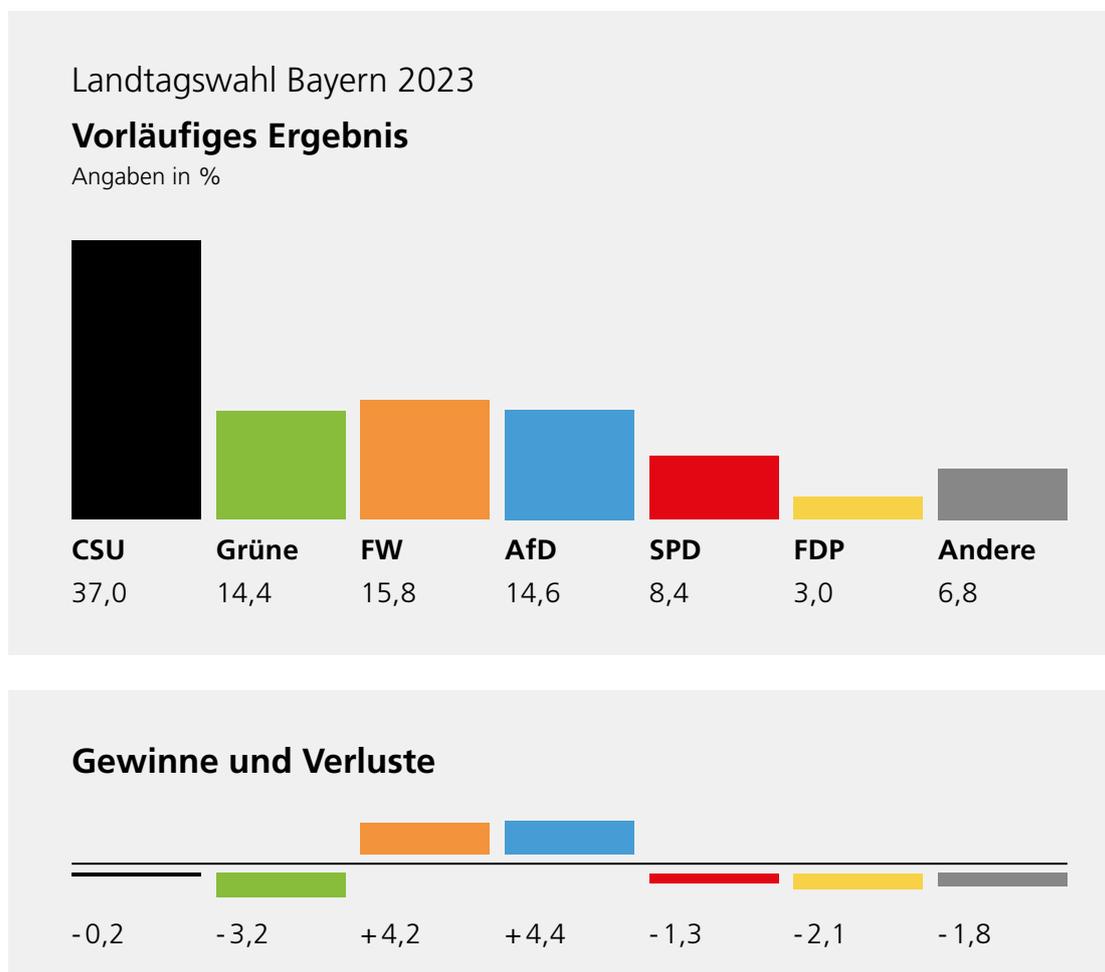


Abbildung 1: Vorläufiges Ergebnis | Quelle: Der Landeswahlleiter, https://www.statistik.bayern.de/mam/wahlen/landtagswahlen/ergebnisse/b72303_vorl%C3%A4ufiges_ergebnis_lw_2023.pdf

Die Landtagswahl führte zu einigen Verschiebungen im Bayerischen Landtag. Die CSU gewann die Wahl mit 37,0 % wie erwartet deutlich, verbuchte aber mit kleinen Verlusten im Vergleich zu 2018 ihr schwächstes Ergebnis nach 1950. Als wahre Gewinnerinnen der Wahl können daher die AfD und die Freien Wähler gelten. Die Freien Wähler legten 4,2 %p (Prozentpunkte) auf 15,8 % zu, die AfD stieg um 4,4 %p auf 14,6 % – jeweils im Vergleich zur Wahl 2018. Die parlamentarische Mehrheit der bisherigen schwarz-orangen Koalition baute sich damit aus. Die Freien Wähler sind neue zweitstärkste Kraft. Die AfD (Platz 3) wird die neue Oppositionsführerin im Maximilianeum. Eindeutige Verliererinnen sind die Ampel-Parteien der Koalition im Bund, die insgesamt nur rund ein Viertel der Gesamtstimmen erhielten. Die SPD verlor davon mit 1,3 %p noch am wenigsten Stimmen, die Grünen am meisten (minus 3,2 %p). Die FDP verlor gut ein Drittel ihrer absoluten

Stimmen (140.000) und scheidet mit 3,0 % aufgrund der Fünfprozenthürde aus dem Maximilianeum aus. Von den restlichen Parteien kam die Linke auf 1,5 % (minus 1,8 %p), die Bayernpartei 0,9 (minus 0,8 %p) und die ÖDP – als einzige Gewinnerin dieser Kleinparteien – auf 1,8 % (plus 0,2 %p).

Die Wahlbeteiligung stieg auf beachtliche 73,3 % (2018: 72,3 %). Sie ist damit die höchste Wahlbeteiligung aller Bundesländer bezogen auf die jeweils letzte Wahl (wahlrecht.de). Insgesamt ist eine deutliche Verschiebung des Stimm- und Mandatsgewichts in das rechte und konservative Lager festzustellen. CSU und Freie Wähler verständigten sich nach der Wahl auf eine Neuauflage ihrer Koalition.

Die AfD greift verstärkt Wähler_innen aller anderen Parteien ab

Bei der Analyse der Wähler_innenwanderung zeigt sich, dass die AfD von allen größeren Parteien im Vergleich zur Wahl 2018 deutlich mehr Stimmen gewonnen als an diese verloren hat. Sogar von den Grünen und der SPD gingen rund 20.000 Stimmen zur AfD. Für die Grünen gilt der umgekehrte Fall: Sie haben kaum Wähler_innen mit zuvor anderen Parteipräferenzen überzeugen können. Die Freien Wähler gewannen vor allem von der CSU (im Saldo: 140.000 Stimmen), aber auch erheblich Stimmen, wenngleich auf niedrigerem Niveau, von SPD, FDP und Grünen. Entgegen dem eigenen Anspruch vor der Wahl verloren sie aber insgesamt Stimmen an die AfD. Die SPD gewann im Saldo rund 50.000 Stimmen von Wähler_innen, die 2018 die Grünen gewählt haben. Bei der SPD fällt auf, dass sie selbst auf einem historisch niedrigen Niveau eine geringe Wähler_innenbindung aufweist: Von den 670.000 Personen, die 2018 die SPD wählten, entschieden sich 2023 nur 300.000 erneut dazu (siehe Abb. 2 zur Wähler_innenwanderung).

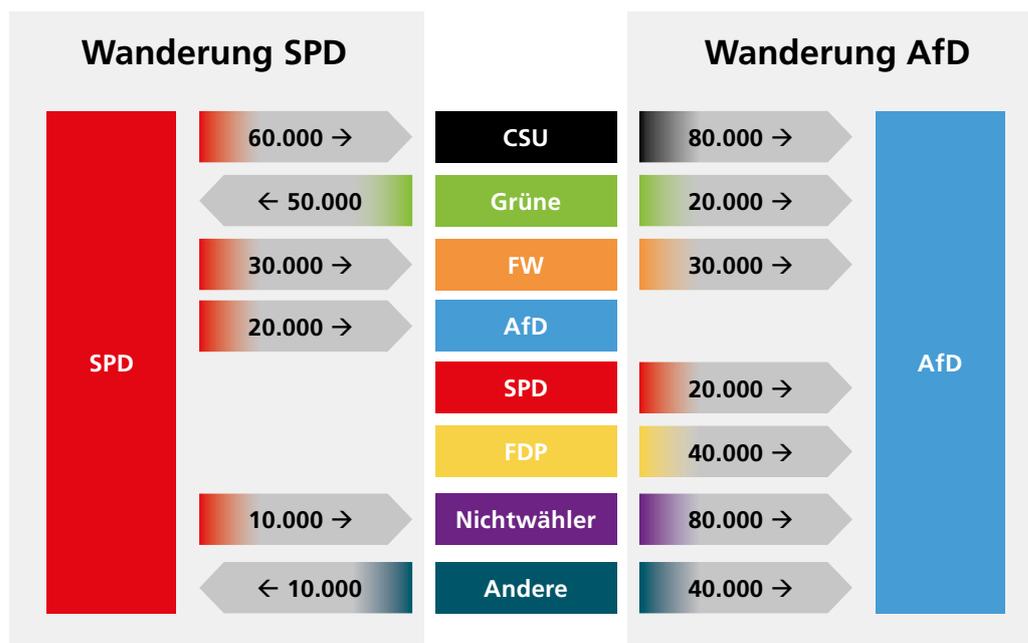


Abbildung 2: Wähler_innenwanderung von/zur SPD bzw. AfD | Quelle: Infratest dimap, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/index.shtml>

SPD und CSU bei jüngeren und mittelalten Wähler_innen schwach, Grüne und AfD stärker

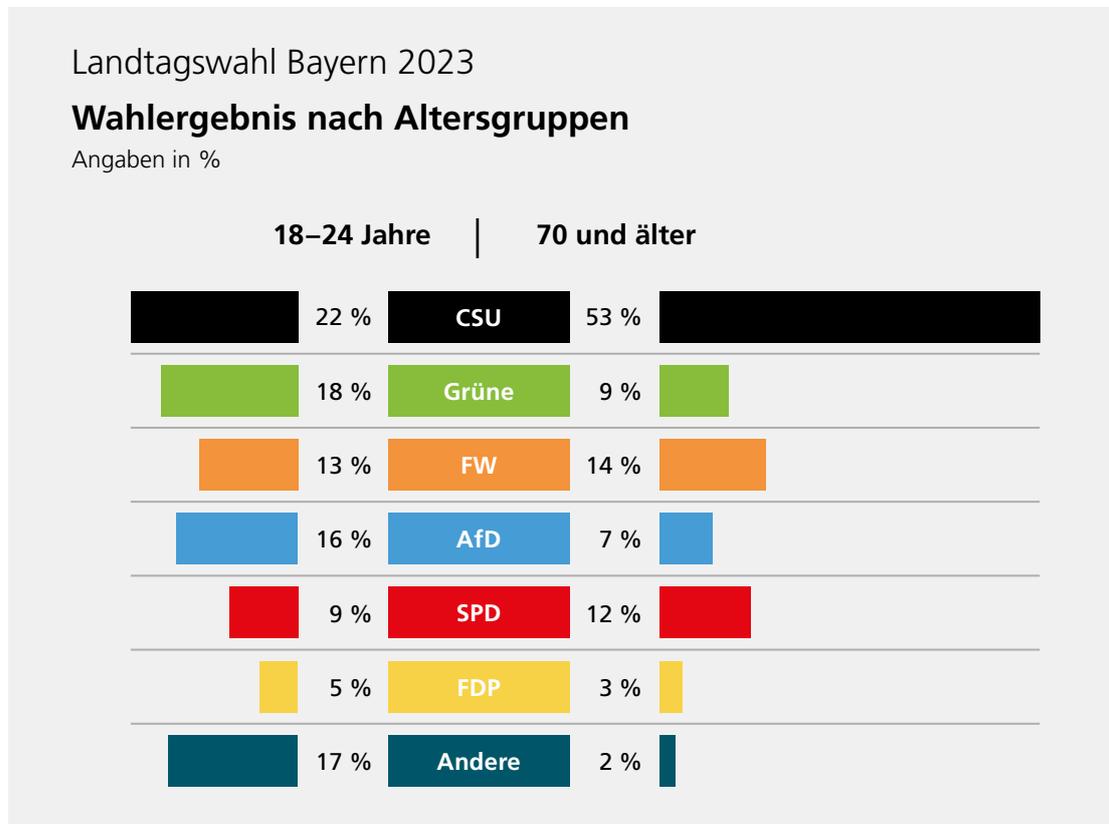


Abbildung 3: Wahlergebnis nach Altersgruppen | Quelle: Infratest dimap

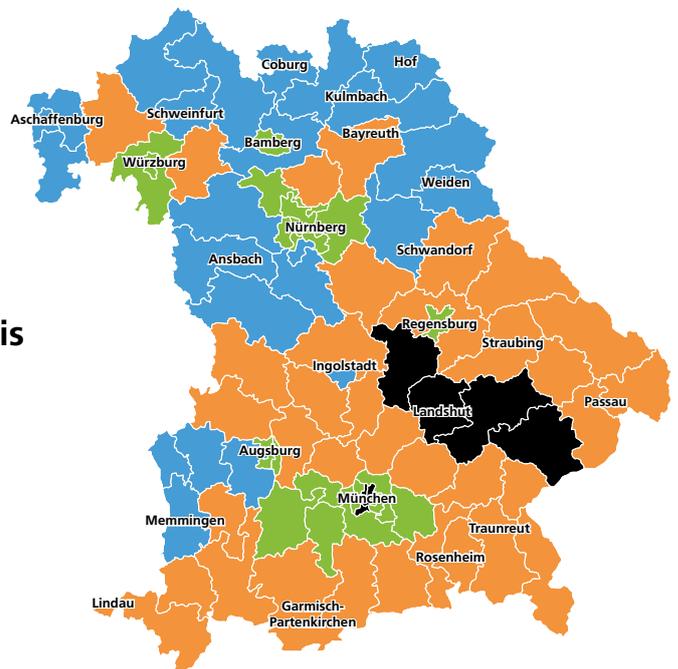
Die Wähler_innenschaft in Bayern unterscheidet sich nach Alter, Berufsgruppen und geografischer Herkunft. Die AfD und auch die Grünen schnitten bei jüngeren und mittleren Altersgruppen stark, bei Wähler_innen ab 60 Jahren dagegen vergleichsweise schwach ab. Anders als die AfD verloren die Grünen allerdings bei den Personengruppen zwischen 18 und 24 sowie zwischen 35 und 59 Jahren zwischen 4 und 5 %p an Zuspruch. Zugewinnen konnten die Grünen in keiner einzigen Altersgruppe. Konservative Parteien haben traditionell einen etwas höheren Zuspruch bei älteren Bevölkerungsgruppen. Es ist auffällig, dass die Freien Wähler zwar bei den mittleren Altersgruppen von 45–69 Jahren ihre stärksten Werte haben, jedoch in allen Altersgruppen sehr gleichmäßig abschnitten (keine unter 13 %). Anders die CSU: Nicht mal 25 % der Wähler_innen in der Altersgruppe unter 34 Jahren konnte die CSU überzeugen – ein Rückgang von rund 5 %p im Vergleich zu 2018, sogar von knapp 20 %p in Relation zu ihrem Ergebnis 2013 in diesen Kohorten. Bei der SPD zeigt sich das Problem auch darin, dass sie zwar etwas bei den unter 24-Jährigen dazugewann, umso stärker allerdings bei den über 60-Jährigen verlor (Daten dieses Kapitels nach Infratest dimap, BR).

Die AfD als neue Arbeiter_innenpartei?

Aufschlussreiche Erkenntnisse zeigen sich auch mit Blick auf Berufsgruppen und ihre Wahlentscheidung. Bei den Arbeiter_innen wurde die AfD mit 31 % der Stimmen noch vor der CSU (28 %) stärkste Kraft. Lediglich 5 % dieser Bevölkerungsgruppe gaben der SPD ihre Stimme. In Bayern ist die SPD damit nicht mehr die Arbeiter_innenpartei. Unter den Gewerkschaftsmitglieder_innen kommt die Sozialdemokratie auf 11 % (AfD: 18 %, DGB) – alarmierende Werte für die nach eigenem Verständnis Arbeiter_innen- und Gewerkschaftspartei. Auffällig ist auch, dass die Freien Wähler ein deutlich überdurchschnittliches Ergebnis bei den Arbeiter_innen einfuhren (21 %). Dass die SPD und die CSU ihre stärksten Ergebnisse bei den Rentner_innen erzielten, verdeutlicht das Problem der Überalterung der Wähler_innenschaft bei beiden Traditionsparteien.

Auch geografisch zeigen sich Differenzen zwischen den Parteien. Besonders starke Ergebnisse holte die AfD in Teilen Oberfrankens und im eher strukturschwachen Osten Bayerns. Bemerkenswert zudem: In nicht einem einzigen Stimmkreis verlor die AfD an Stimmen im Vergleich zu 2018. Im Südosten, speziell in Niederbayern (30 %), waren die Freien Wähler besonders erfolgreich. Erstmals in ihrer Geschichte gewannen sie zwei Direktmandate bei einer Landtagswahl in den Stimmkreisen Landshut (Parteichef Aiwanger) und Neuburg-Schrobenhausen.

Trotz ihrer Verluste verteidigten die Grünen vier ihrer fünf Direktmandate in München. In den größeren Städten hat die SPD – die nach wie vor über 200 (Ober-)Bürgermeister_innen stellt – ihre Vormachtstellung mittlerweile klar verloren. Dennoch erreicht sie ihre besten Ergebnisse mit um die 13 % in (alten) fränkischen Industriestädten wie Schweinfurt, Coburg, Fürth und Nürnberg sowie München-Milbertshofen. In den Metropolregionen sind es allerdings die Grünen, die sich hinter der CSU etabliert haben (siehe Abb. 4 zum zweitbesten Stimmergebnis). Die traditionell ebenfalls in den Städten starke FDP schaffte es außerhalb von München und Starnberg nirgendwo über die Fünfprozenthürde. Die CSU ist nach wie vor der Platzhirsch in weiten Teilen Bayerns, sie gewann in den 91 Stimmkreisen 85 Direktmandate.



Überblick über das jeweils zweitbeste Gesamtstimmenergebnis in den einzelnen Stimmkreisen

● CSU ● FW ● Grüne ● AfD

Abbildung 4: Überblick über das jeweils zweitbeste Gesamtstimmenergebnis in den einzelnen Stimmkreisen | Quelle: Hametner et al. 9.10.2023, Süddeutsche Zeitung

Die SPD verliert in den Kompetenzzuschreibungen, die AfD gewinnt erheblich dazu

Ein Faktor für die Wahlentscheidung sind die von der Bevölkerung zugeschriebenen Kompetenzen, welche die Umfrageinstitute am Wahltag ermittelt haben (im Folgenden bezogen auf Infratest dimap). Es handelt sich dabei um die Einschätzung, welcher Partei man am „ehesten zu[traut], die Probleme in Bayern zu lösen?“ (Fragestellung nach Infratest dimap 2023: 16).

Besonders eklatant sind hier die zu beobachtenden Verschiebungen im Vergleich zur Wahl 2018 zwischen SPD und AfD. Nur noch ein Fünftel – und zum Teil deutlich weniger – der Wähler_innen trauen der SPD am ehesten zu, die Aufgaben „Soziale Gerechtigkeit“, „Bezahlbarer Wohnraum“ und „Bildungspolitik“ zu lösen. Damit verliert die SPD in ihrem Markenkern enorm an Vertrauen. Von einstelligen Werten, zum Teil praktisch aus dem „Nichts“, kommen bei der AfD Kompetenzwerte zu Flüchtlingspolitik, sozialer Gerechtigkeit und Kriminalitätsbekämpfung (siehe Abb. 6).



Abbildung 5: Landtagswahl Bayern 2023/Kompetenzen SPD Abbildung 6: Landtagswahl Bayern 2023/Kompetenzen AfD
Quelle: Infratest dimap/tagesschau, <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/umfrage-bundespolitik.shtml>

Bayern hat gewählt

Die monatelangen Diskussionen um das Gebäudeenergiegesetz hatten offenbar massive Auswirkungen auf die Kompetenzzuschreibungen bezüglich der Klima- und Umweltpolitik in Bayern. In einem erheblichen Ausmaß sank das Vertrauen in die Kompetenz der Grünen in deren Kernthemenfeld von 66 % (2018) auf 32 %. Ihre Koalitionspartnerinnen im Bund (FDP und SPD) kommen hier gar nur auf niedrige einstellige Werte. Profitieren können die CSU mit 21 % (plus 10 %p), die Freien Wähler 12 % (plus 9 %p) und sogar die AfD 6 % (plus 5 %p). Eine weitere Erklärung für die Verschiebung der Stimmen innerhalb des konservativen Lagers ist der Kompetenzgewinn der Freien Wähler. In der Wirtschafts-, Klima- sowie Bildungspolitik verbuchten die CSU Verluste und die Freien Wähler Zugewinne.

03 Analyse des Wahlkampfes

In Bayern lag vor der Wahl eine in Deutschland momentan einzigartige Konstellation vor: Die Regierung aus CSU und Freien Wählern war/ist die einzige Landesregierung, bei der alle beteiligten Parteien keine Regierungsverantwortung im Bund haben. Dies kann als Teil-Erklärung verstanden werden, warum diese Parteien im Wahlkampf geschlossen und ohne Vorbehalte auf eine sehr harsche Kritik der Ampel-Politik in Berlin setzten. Die schwachen Umfragewerte der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP schwächten deren wahlkämpfenden Landesverbände in Bayern. Das „Abarbeiten“ an der Performanz der Bundesregierung führte auch zu einer Dominanz bundes- statt landespolitischer Themen im Wahlkampf. Die aktuell große Verunsicherung der Bevölkerung (Infratest dimap 2023: 5) sorgte für sogenannte föderale „Blame Games“ im Wahlkampf. Davon spricht man in der Politikwissenschaft, wenn politische Akteur_innen versuchen, die Verantwortung für die tatsächlichen und wahrgenommenen politischen Missstände auf z. B. eine andere politische Ebene, die nicht unter der Kontrolle des eigenen politischen Handelns steht, zu verschieben (Hinterleitner 2022). Drängende Probleme wie die Migrationspolitik und die Energiepreise wurden somit durch CSU und Freie Wähler in ein „Wir“, die „Bayern“ und „Leidtragenden“, gegen „Die“, die Bundesregierung, inszeniert – selbst wenn bei diesen Themen verschlungene Zuständigkeiten zwischen Bund und Land vorliegen. Umfragen zeigten gleichwohl, dass es eben diese Themen waren, die von der Bevölkerung als wichtigste Probleme genannt wurden (Infratest dimap 2023: 12, siehe Kapitel 4). Besonders das kommunikative Debakel der Bundesregierung zum Gebäudeenergiegesetz seit Anfang 2023 ist hier zu nennen. Eine zwischenzeitliche Zuspitzung erfuhr der Wahlkampf durch zwei Ereignisse: die Auftritte von Markus Söder und Hubert Aiwanger auf einer Demonstration gegen das „Heizungsgesetz“ in Erding und die „Flugblattaffäre“ um den Freien Wähler-Chef. Wenige Wochen vor der Wahl wurde bekannt, dass Aiwanger zu Schulzeiten ein antisemitisches Flugblatt bei sich trug.

Die CSU

Die CSU trat unter der Führung ihres Ministerpräsidenten Markus Söder als Regierungspartei an. Es waren zwei zentrale Wahlkampfstrategien auszumachen: Zum einen das Herausheben der eigenen Erfolge und positiver Statistiken zu Wohlstand und Sicherheit Bayerns im Vergleich zum Bund und anderen Bundesländern. Also das Narrativ: „In Bayern lebt es sich am besten“ und „Weiter so mit der CSU“. Zum Zweiten eine ausgeprägte und rhetorisch spitzzüngige Anti-Ampel-Kampagne. Dabei inszenierte Söder einen Kulturkampf in seinen über 100 Bierzeltreden, vor allem gegen die Grünen, gegen die er ein Verbotsnarrativ bemühte, mit Schlagworten wie „Wokeness“, „Veganisierung“ und der Kritik am „Heizungsgesetz“. Der Fokus der CSU lag auf der gesellschaftlichen Mitte mit dem Adressieren der Stammwählerschaft und der Unzufriedenen mit der Bundespolitik. Zum Ende des Wahlkampfes reagierte Söder auf das in Umfragen an Bedeutung gewonnene Thema Migration mit der Forderung nach einer „Integrationsgrenze“ von 200.000 Geflüchteten pro Jahr.

Die FREIEN WÄHLER

Die Freien Wähler Bayern setzten als Regierungspartei vor allem auf ihren Spitzenkandidaten und Vize-Ministerpräsidenten Hubert Aiwanger, die mit über 90 % Bekanntheit herausragende Figur der Partei. Mit ihm versuchten die Freien Wähler, sich als wertkonservativ zwischen CSU und AfD zu positionieren. Im Wahlkampf setzte Aiwanger auf populistische Argumentationsfiguren: „Die da oben in Berlin“ (die „Elite“) würden an der „normalen Bevölkerung“ (dem „Volk“) vorbeiregieren. Aufgrund dieser Diagnose sei Deutschland gar nur eine „formale Demokratie“. Auch die „Flugblattdaffäre“ durch eine Recherche der Süddeutschen Zeitung wurde zu einem Narrativ einer „Schmutzkampagne“ gegen Aiwanger und die „normale bürgerliche Mitte“ umgedeutet. Die Zustimmung stieg nach dieser Diskussion (Infratest dimap 2023: 13). Die am offensivsten vorgetragenen inhaltlichen Forderungen waren die Abschaffung der Einkommenssteuer für Einkommen bis 2.000 €, die komplette Streichung der Erbschaftssteuer sowie die weitere Förderung der Wasserstoffinfrastruktur.

Wohl keine demokratisch-moderate Partei wurde in einem Wahlkampf in Deutschland bisher so frontal attackiert wie die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen

Bei den vorangegangenen Landtagswahlen holten die Grünen mit einem Rekordergebnis 17,6 % der Stimmen. 2018 war sogar eine Regierungsbeteiligung mit der CSU möglich, die dann aber scheiterte. Im Wahlkampf wurde keine Partei so stark angegangen wie die Grünen. Die Partei wurde vor allem durch ihre führende Rolle in der Wirtschafts- und Klimapolitik im Bund zur Zielscheibe eines Kulturkampfes seitens der Parteien rechts der Mitte. Die Grünen gingen mit der in Bayern durchaus beliebten Spitzenkandidatin Katharina Schulze im Duo mit Ludwig Hartmann in den Wahlkampf. Eine Regierungsbeteiligung nach der Wahl galt durch das kategorische Nein von Markus Söder früh als unwahrscheinlich. Als Themen stellten die Grünen klimapolitische Forderungen wie einen beschleunigten Ausbau von Windkraft- und Solaranlagen in den Vordergrund. Auch Gleichstellungspolitik und die Förderung ökologischer Landwirtschaft waren zentral im Wahlprogramm verankert.

Die AfD

Die Alternative für Deutschland trat nach 2018 zum zweiten Mal zu einer Bayerischen Landtagswahl an. Spitzenkandidat_innen waren die Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner und Martin Böhm, die dem rechten, formell aufgelösten „Flügel“ der Partei zuzurechnen sind. Die Partei forderte u. a. eine Rückkehr zur Atomkraft und die Abschaffung der Grundsteuer. Sie positionierte sich zudem mit markigen Worten gegen Zuwanderung und das Heizungsgesetz. Auf die Frage nach seinen drei wichtigsten Themen äußerte sich Spitzenkandidat Böhm gegenüber dem

BR: „Das Wichtigste ist, den Menschen Augen und Ohren zu öffnen für die Probleme bei uns im schönen Bayern, um dann den Menschen klarzumachen: Es gibt eine alternative Politik, die eben keine Verbotspolitik ist“ (Jerabek und Lehmann 6.10.2023).

Die BayernSPD

Die Sozialdemokratie in Bayern hatte bei den Wahlen 2018 mit 9,7 % eine Wahlschlappe eingefahren, die (damals) das schwächste Ergebnis überhaupt bei einer Landtagswahl darstellte. Die schlechte Bewertung der Regierungsarbeit und der Rückfall in Umfragen hinter CDU und AfD auf Bundesebene bedeuteten eine schlechte Ausgangsposition auch für die Landtagswahlen 2023. Die SPD trat mit ihrem Fraktions- und Parteivorsitzenden Florian von Brunn als Spitzenkandidat an. Dieser kritisierte vor allem den Stil der Regierungsspitzen in Bayern und äußerte sich scharf gegen den Populismus der Erding-Rede von Hubert Aiwanger („Trumpismus“). Auch mit dem Slogan „Machen statt Södern“ wollte sich die SPD als zukunftsgerichtete, seriöse Alternative, gegen die Selbstdarstellung des Ministerpräsidenten, positionieren. Die SPD setzte vor allem auf soziale Themen: bezahlbares Wohnen, kostenlose Kita und gute Pflege. Und im Zuge der Flugblattaffäre war es die SPD, die klar Antisemitismus verurteilte und eine Abgrenzung nach rechts forderte.

Die FDP

Die Freien Demokraten traten mit ihrem Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag Martin Hagen an. Die Partei stand vor der Herausforderung, erstmals seit Jahrzehnten als Landtagspartei wiedergewählt zu werden. In Umfragen rangierte die FDP meist unter der Fünfprozenthürde. Mit der Kampagne „Servus Zukunft“ trat die FDP als Fortschrittspartei auf und inszenierte sich u. a. mit den plakatierten Slogans „radikal vernünftig“ und „Wirtschaftskompetenz statt Bierzelpopulismus“ als seriöse und unideologische Mitte. Der Bundestrend und mehrere zurückliegende Wahlschläppen bei Landtagswahlen belasteten die Partei im Wahlkampf. Themen waren klassische FDP-Programmatik: ein schlanker Staat mit weniger Bürokratie, Wirtschafts- und Bildungspolitik. Zum Ende des Wahlkampfes versuchte sich Spitzenkandidat Hagen an einem Aufruf zu Leihstimmen, um die Chancen auf den Einzug in den Bayerischen Landtag zu erhöhen.

04 Faktoren für den Wahlausgang

Die von der SPD nach vorne gestellten Kernthemen klimafreundliche Energie, Kitaplätze, gute Pflege und faire Mieten (BayernSPD.de) rangierten unter den „wichtigsten Problemen“ nach Ansicht der Bevölkerung am Wahltag weit hinten (siehe Abb. 7). Zudem überzeugten die Konzepte und Kompetenzen der Partei offenbar nicht.

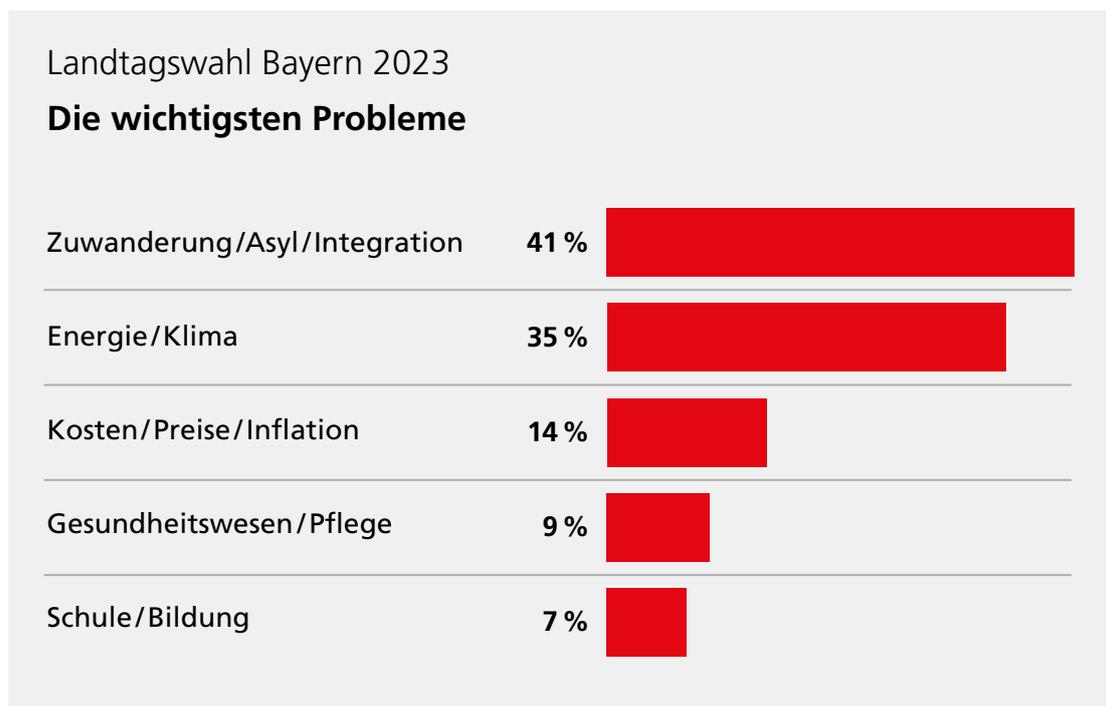


Abbildung 7: Die wichtigsten Probleme | Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/bayern-wahl-analyse-100.html?slide=U107>

Die obige Beschreibung der Kompetenzverschiebungen und die Themenbesetzungen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieser Wahlkampf vor allem von Stimmungen und der Auseinandersetzung mit bundespolitischen Fragestellungen geprägt war (Osel 01.10.2023). Darunter litten alle Parteien der Ampel-Regierung. Die wichtigsten Probleme waren die Themenkomplexe Zuwanderung/Asyl, Energie/Klima und Inflation (siehe Abb. 7; ähnlich: Infratest dimap). Die Komplexität dieser Felder und die Verunsicherung der Bevölkerung – 77 % der Befragten am Wahltag sahen sich beunruhigt ob der Verhältnisse in Deutschland (Infratest dimap) – lieferten die Vorlage für die Taktik des „Blame Game“ und einen emotionsgeleiteten Wahlkampf der bayerischen Regierungskoalition.

Die Ampel vermittelt keine Handlungsfähigkeit und Geschlossenheit – insbesondere bei dem Themenbereich Asyl und Migration

Beim Thema Flucht und Migration konnten (und können) die Ampel-Parteien wie auch die Union keine Handlungsfähigkeit demonstrieren. Der Ampel gelingt es außerdem nicht, ihre Politik nach außen geschlossen zu erklären. Dies gilt auch für das Thema Energiepolitik in Zeiten hoher Energiepreise (beispielsweise bei der Frage nach dem vorläufigen Weiterlaufen der Atomkraftwerke sowie beim „Heizungsgesetz“). Im Wahlkampf wurde diese Deutung mit einer Kulturkampf-Rhetorik und dem Vorwurf einer „ideologiegetriebenen“ Politik von rechter und konservativer Seite verstärkt. Bei vielen Wähler_innen verfiel offenbar das Narrativ, die Bundespolitik würde mit ihrer Politik „Minderheiten“ (zum Beispiel Geflüchtete, die LGBTQ-Community, das großstädtische Milieu) gegenüber der „normalen, bürgerlichen Mitte“ (Aiwanger) bevorzugen. Eine Studie zu Motiven der Wähler_innen der AfD bei der Bundestagswahl 2017 – bei der die Migrationsthematik ähnlich dominant war – zeigt, dass ein naheliegender Erklärungsfaktor für die AfD-Wahl die Angst vor Veränderung und vor einer relativen Deprivation ist (Pickel 2019). Mit relativer Deprivation bezeichnet die Soziologie eine gefühlte Benachteiligung der eigenen Gruppe (wie beispielsweise Arbeiter_innen) gegenüber anderen Gruppen (zum Beispiel die genannten Minderheiten-Gruppen oder eher Wohlhabendere) (Fuchs et al. 2017: 39). Die Themen Migration, Energiepolitik und ein drohender wirtschaftlicher Abstieg enthalten großes Potenzial für materielle Befürchtungen. Die Inflation macht viele Probleme momentan aber auch sehr konkret spürbar. Die (bundespolitischen) Protestparteien AfD und Freie Wähler – und weniger die CSU – konnten sich bezüglich dieser Phänomene als „Alternative“ präsentieren und starke Zugewinne verbuchen.

Wahrgenommene und reale Problemlagen als Nährboden für Populismus

Verunsicherung, Ängste und konkrete materielle Entbehrungen sind der Nährboden für Populismus. Dies ist eine Erklärung, warum CSU, Freie Wähler und in „bewährter Manier“ die AfD einen derart zugespitzten Wahlkampf betrieben und dies bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung verfiel. Die mediale Omnipräsenz von Ministerpräsident Söder und seinem Vize Aiwanger und deren kulturkämpferische Rhetorik gaben den anderen Mitbewerber_innen den Takt vor. Mit scharfen Begriffen wie der „Gefahr“ durch „Wokeness“ und „zwanghafter Veganisierung“ polemisierten die Spitzenkandidaten von CSU und Freien Wählern gegen die Bundesregierung und in einer besonders harschen Weise gegen die Grünen. Diese Strategie gipfelte in den rechtspopulistischen Ausfällen einer Rede auf der Erdinger Heizungsdemonstration im Frühsommer. Dort behauptete Aiwanger, es sei „der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss (...)“. Aiwanger gelang es zudem, die sogenannte „Flugblattaffäre“

im August als „Schmutzkampagne“ der Medien zu deuten und sich selbst als Opfer zu stilisieren. Diese Strategie ging insoweit auf, als dass sie offenbar zu einem deutlichen Stimmengewinn der Freien Wähler führte. Die AfD profitierte augenscheinlich am stärksten von diesem Diskurs und den dominierenden Themen dieser Wahl. Für die SPD, die sich auch als Bollwerk gegen rechts versteht, brachte der Skandal keinen Stimmenzugewinn.

Das Wahlergebnis ist mit dem Politikwissenschaftler Wolfgang Schroeder eher als eine Zwischenabstimmung über die Bundespolitik zu deuten (ZDF). Die Unzufriedenheit mit der Ampelkoalition förderte diesen „Stimmungswahlkampf“ und machte die Wahl auch zu einem „Denkzettel“ für die Bundesregierung (Infratest dimap). Für eine wirkliche Wechselstimmung im Land gegen den Bundestrend „[muss] der Kandidat [...] zu Partei und Programm passen – und dieses Gesamtpaket wiederum zu den Umständen“ (Franzmann 2022: 14). Die Passung des Spitzenkandidaten war ein Problem der SPD: 62 % der SPD-Wähler_innen gaben an, dass der Partei überzeugendes Spitzenpersonal fehlt (Infratest dimap). Die (bundespolitischen) Umstände aber waren wohl der tiefstehende Stachel in deren Wahlkampf. Für eine ambitionierte Klimapolitik und gesellschaftspolitisch progressive Entwürfe gab es bei dieser Wahl kein Momentum. Die Studie „Was bewegt Bayern“ (Mohamad-Klotzbach und Suda 2023) zeigte, dass bereits seit Ende 2022 die soziale Gerechtigkeit nicht (mehr) zu den wichtigsten Themen aus Sicht der Bevölkerung zählt. Die Autor_innen schließen daraus einen Wertewandel, vor allem bei der jüngeren Generation (ebd.: 19). Diese Erkenntnis, gemeinsam mit den raumgreifenden Themen Asyl- und Energiepolitik und ihren starken emotionalen und materiellen Komponenten, kann in Zusammenhang mit den beschriebenen schwindenden Kompetenzwerten von Grünen und SPD als zentrales Problem dieser Parteien ausgemacht werden.

Die SPD schaffte es also nicht – im Unterschied zu vergangenen Landtagswahlen in Bremen, Niedersachsen oder im Saarland –, ein adäquates personelles und thematisches Profil gegen den Bundestrend anzubieten. Abschließend: Über die Hälfte der Befragten (51 %) war zufrieden mit der Landesregierung – im Gegensatz zur Bundesregierung (Infratest dimap).

05 Fazit, Rückschlüsse und Ausblick

Populistische Rhetorik siegt gegen antipopulistische Sachlichkeit – und gleichzeitig nicht:

Die Taktik der Freien Wähler und CSU, eine zugespitzte Fundamentalopposition gegen die Ampelkoalition aufzubauen, ging teilweise auf. Sie brachte die Ampel-Parteien in Bayern in die Defensive, gab landespolitischen Problemen (wie beispielsweise Windkraftausbau, Kinderbetreuung, Wohnraumangel) kaum Raum und der schwarz-orangen Regierungskoalition einen Mandatsgewinn. Die scharfe kulturkämpferische Rhetorik stärkte aber auch die AfD, beide Regierungsparteien verloren Wähler_innenstimmen an sie.

Kein bayerisches „Gewinnerthema“ für die Opposition, keine Wechselstimmung:

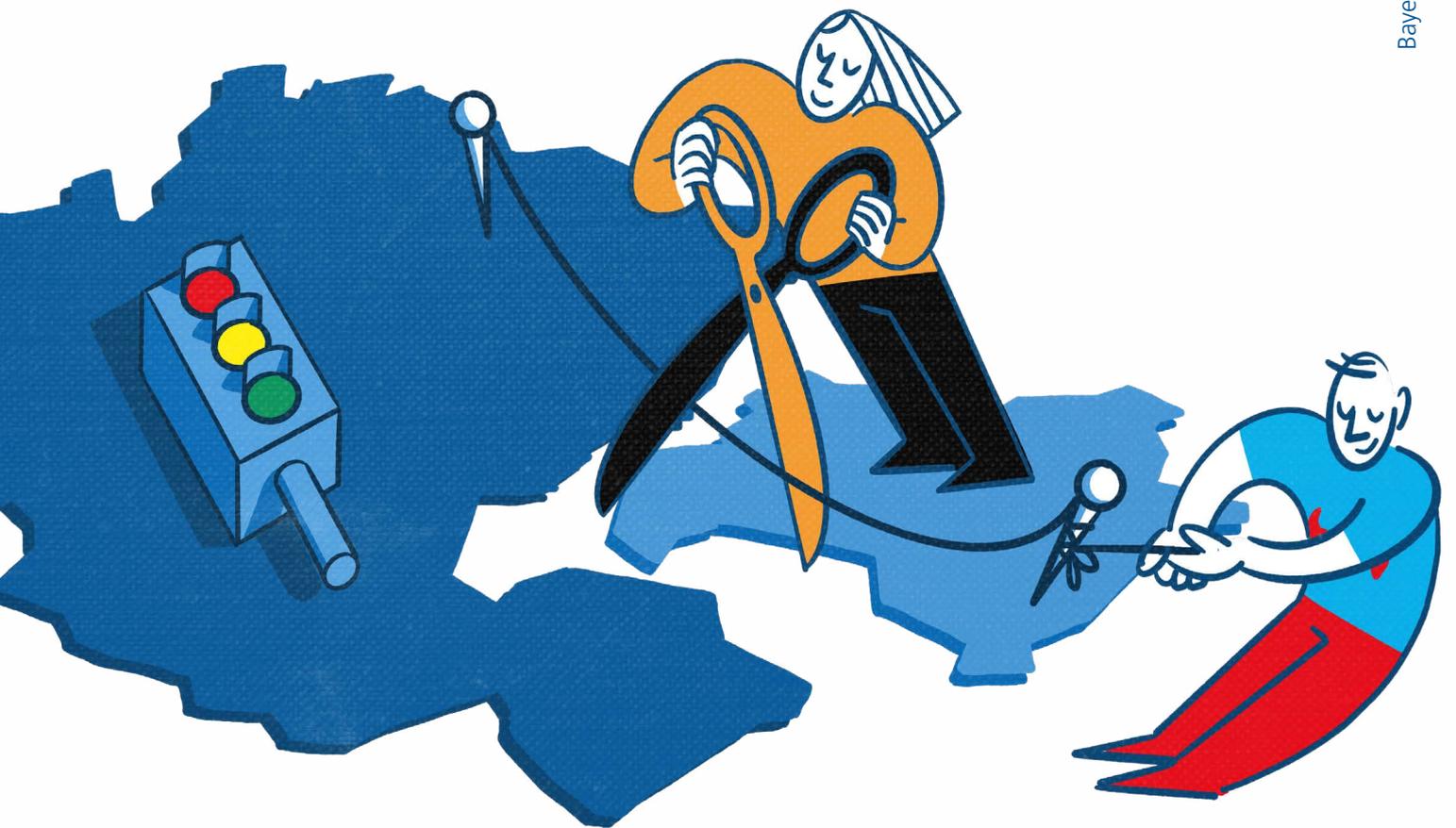
Die Umfragen zeigten eine starke Beunruhigung in der Bevölkerung, hohe Unzufriedenheit mit der Ampel und eine höhere Zufriedenheit mit der Landesregierung. Die herausragenden Themen Migrationspolitik und Energiewende konnten durch CSU und Freie Wähler auf eine kriselnde Koalition in Berlin gelenkt werden. Die relative wirtschaftliche Stärke Bayerns mag ein weiterer Faktor sein. Werbung für die Energiewende und eine moderate Migrationspolitik überzeugten Wechselwähler_innen demgegenüber nicht.

(Linke) Gesellschaftspolitik war kein Gamechanger:

Gerechtigkeitsfragen zu den Themen „bezahlbare Miete“ und „gute Pflege“ waren nicht die Top-Themen im Wahlkampf. Der progressiven Opposition gelang es nicht, diese Themen in den Vordergrund zu rücken und Schwächen der bayerischen Regierung in diesen Feldern in Szene zu setzen. Es drängten sich keine grundlegenden Reformthemen auf, die die Oppositionsparteien (außer der AfD) wirksam auf das Parkett des Wahlkampfes bringen konnten.

Krisenwahrnehmung, Abstiegsängste und der Rechtspopulismus/-extremismus müssen konstruktiv aufgegriffen werden:

Die Bayern-Wahl hat zu einem Rechtsruck geführt. Nach einer neuen Erhebung können sich deutschlandweit über 30 % der Befragten vorstellen, die AfD zu wählen – Tendenz steigend (INSA). Die aktuelle Mitte-Studie der FES (Zick et al. 2023) zeigt ebenfalls ein weiteres Ansteigen rechter und rechtsextremer Einstellungsmuster. Die Vertrauenskrise der Bundesregierung und die Abstiegsängste der Bevölkerung, ebenso wie der im Wahlkampf angeschlagene Populismus, sind Treiber der Menschen hin zum rechten Rand. Die Probleme mit dem Thema Migration sind ebenso komplex wie nachhaltig ungelöst. Eine klarere Kommunikation der Politikentwürfe, Lösungsorientierung sowie Geschlossenheit nach außen sind genauso unerlässlich wie das „Stellen“ der Rechten und Populisten. Anderenfalls wird progressive Gesellschafts- und Klimapolitik mittelfristig kaum wieder mehrheitsfähig werden. Auch Landesverbände der progressiven Mitte werden ansonsten auch in Zukunft wohl Getriebene der Oppositionsparteien im Bund sein, wie bei dieser Wahl und anderen Wahlen gesehen.



Zentrale Links und Quellen

Bayerischer Rundfunk [BR]. Wer wen wählte und wo die Hochburgen der Parteien lagen (10.10.2023). Online verfügbar unter: https://www.br.de/nachrichten/bayern/landtagswahl-bayern-wer-waehlte-wen-waehlerwanderung-hochburgen_TqZoIrF (zuletzt abgerufen am 13.10.2023).

BayernSPD. Regierungsprogramm. Online verfügbar unter: <https://bayernspd.de/programm/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2023).

Der Landeswahlleiter des Freistaates Bayern [Landeswahlleiter]. Wahl zum 19. Bayerischen Landtag am 8. Oktober 2023. Vorläufiges Endergebnis Oktober 2023. Online verfügbar unter: https://www.statistik.bayern.de/mam/wahlen/landtagswahlen/ergebnisse/b72303_vorl%C3%A4ufiges_ergebnis_lw_2023.pdf (zuletzt abgerufen am 12.10.2023).

Deutscher Gewerkschaftsbund [DGB]: Landtagswahl Bayern: So haben die Gewerkschafter*innen gewählt. Online verfügbar unter: <https://www.dgb.de/einblick/wahlgrafiken/++co++54d586ea-6695-11ee-b04a-001a4a160123> (zuletzt abgerufen am 13.10.2023).

Franzmann, Simon T. (2022): Niedersachsen hat gewählt. Kurzanalyse der Niedersächsischen Landtagswahlen. Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Niedersachsen.

Fuchs, Marek; Lamnek, Siegfried; Wiederer, Ralf (2003): Querschläger. Jugendliche zwischen rechter Ideologie und Gewalt. Leske + Budrich.

Hametner, Markus; Kruse, Berit; Müller-Hansen, Sören; Schnuck, Oliver (9.10.2023): Bayerns neue Farben. Ein Riss geht durch Bayern, neue und alte Volksparteien am Abgrund: Fünf Erkenntnisse zur Landtagswahl 2023 in Grafiken und Karten. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/bayern/landtagswahl-bayern-2023-ergebnisse-analyse-e773445/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2023).

Hinterleitner, Markus (2022): Blame games and democratic responsiveness. In: European Journal of Political Research 62 (4), 1235–1256.

Infratest dimap (2023): BayernTREND September 2023. Infratest dimap.

Infratest dimap (via Tagesschau.de): Bayern, Landtagswahl 2023 (Ergebnisse und Umfragen zur Bayerischen Landtagswahl 2023). Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2023-10-08-LT-DE-BY/>; zu den Wahlen 2018 siehe online unter: <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2018-10-14-LT-DE-BY/umfrage-wahlentscheidend.shtml> (zuletzt abgerufen am 12.10.2023).

INSA consulere [INSA]. Potentialanalyse vom 09.10.2023. Online verfügbar unter: <https://www.insa-consulere.de/archivpotentialanalyse/> (zuletzt abgerufen am 13.10.2023).

Jerabek, Petr; Lehmann, Susanne (06.10.2023): Kita, Trinkwasser, Ladenschluss: Spitzenkandidaten zu Userfragen. Online verfügbar unter: <https://www.br.de/nachrichten/bayern/landtagswahl-bayern-2023-die-spitzenkandidaten-zu-userfragen.Tr8Nb5D> (zuletzt abgerufen am 13.10.2023).

Mohamad-Klotzbach, Christoph; Suda, Martha (2023): Was bewegt Bayern? Politische Einstellungen und Erwartungen im Freistaat. Friedrich-Ebert-Stiftung Bayern. Online verfügbar unter: <https://library.fes.de/pdf-files/bueros/muenchen/20422.pdf> (zuletzt abgerufen am 12.10.2023).

Osel, Johann (01.10.2023): Bayernheim. Ein Wahlkampfschlager, der keiner wurde. Online verfügbar unter: <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayernheim-baugesellschaft-10000-wohnungen-ralph-buechele-1.6265918> (zuletzt abgerufen am 13.10.2023).

Pickel, Susanne (2019): Die Wahl der AfD. Frustration, Deprivation, Angst oder Wertekonflikt? In: Korte, Karl-Rudolf; Schoofs, Jan: Die Bundestagswahl 2017. Springer VS, 145–177.

Wahlrecht.de. Wahlbeteiligung bei den jeweils letzten Landtagswahlen in Deutschland nach Bundesländern (Stand: Oktober 2023). In: Statista. Online verfügbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/255400/umfrage/wahlbeteiligung-bei-landtagswahlen-in-deutschland-nach-bundeslaendern/> (zuletzt abgerufen am 12.10.2023).

ZDF „heute journal“ vom 9. Oktober 2023. Online verfügbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/heute-journal-vom-9-oktober-2023-100.html> (zuletzt abgerufen am 13.10.2023).

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hrsg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23.

